

## Allgemeine Thesen zum Thema "Migration" <sup>1</sup>

1. Migration gehört zur Geschichte der Menschheit. Alle Menschen bzw. ihre Vorfahren sind irgendwann in ihre derzeitige "Heimat" eingewandert, haben also einen "Migrationshintergrund".

Jahrhunderttausende von Jahren lang leben die Menschen in mobilen Jäger-und-Sammlerinnen-Gruppen, die nur selten längere Zeit (jahrelang) an einem Ort bleiben.

Auch nach der sog. "neolithischen Revolution" (- die Mehrheit lebt nun "sesshaft" in Dörfern und später auch Städten) gehört freiwillige oder erzwungene Migration zum Alltag in allen Gesellschaften.

Die Anlässe und Motive für Migration sind früher wie heute sehr unterschiedlich:

- Auswanderung in Folge von Hungersnöten, Naturkatastrophen oder Überbevölkerung,
- Flucht in Folge von Überfällen und Kriegen,
- Vertreibungen bzw. Deportationen ganzer Bevölkerungsgruppen, z. B. durch Siegermächte,
- Flucht vor politisch, ethnisch oder religiös begründeter Repression und Verfolgung,
- Suche nach besseren Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven oder nach Reichtum usw.

➔ *Migration als Suche nach besseren Lebensbedingungen oder als Flucht, mitunter auch als Vertreibung und Versklavung, ist Teil der Menschheitsgeschichte.*

2. Migration hat in der Menschheitsgeschichte im hohen Maße zum kulturellen Austausch beigetragen und ist Quelle vielfältiger Innovationen.

Beispiele:

- Die Einführung von Ackerbau und Viehzucht in Mitteleuropa erfolgt vor rund 7.500 Jahren durch Zuwanderung bäuerlicher Gruppen aus Nahost.
- Die Erfindung der Alphabetschrift erfolgt (nach dem Ägyptologen L. D. Morenz) durch zugewanderte Bergarbeiter aus Kanaan im ägyptischen Sinai vor knapp 4.000 Jahren (vgl. Beitrag unter "Aktuelles"). Ähnliches gilt für die Ausbreitung vieler wichtiger Kulturtechniken und Errungenschaften, die durch Zuwanderer Eingang in andere Kulturen finden.
- Etliche moderne Tanz- und Musikstile (z. B. Jazz) gehen auf nach Amerika deportierte afrikanische Sklaven zurück (in diesem Fall also auf gewaltsam erzwungene "Migration").

➔ *Ein- und Zuwanderung ist auch ein Beitrag zu ökonomischer und kultureller Entwicklung.*

---

<sup>1</sup> "Migration" meint hier freiwillige oder durch äußere Umstände erzwungene Auswanderung bzw. Flucht von Menschen aus ihrer ursprünglichen Heimat in andere Regionen. - Mitunter werden "Migranten" als freiwillig Aus- bzw. Zuwandernde unterschieden von "Flüchtlingen", die ihr Herkunftsland (mehr oder weniger unfreiwillig) verlassen (müssen). Nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) gelten nur jene Menschen als "Flüchtlinge", die in ihren Herkunftsländern wegen ihrer politischen Überzeugung, ihrer Religion, ethnischen Zugehörigkeit usw. durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure persönlich (!) verfolgt und bedroht werden. Der Begriff "Flüchtling" ist in der GFK also sehr eng definiert.

3. Migration hat in der Geschichte der Menschheit aber immer wieder auch zu sozialen Spannungen und Konflikten geführt.

Die unkontrollierte Zuwanderung größerer Menschengruppen wird von den "Einheimischen" zumeist als Belastung oder sogar als Bedrohung erlebt. Je "fremder" (im Aussehen, in Sprache, Religion/Kultur/Namen) die Migranten wirken, je weniger "verwandt" sie also erscheinen, desto geringer sind in der Regel Hilfsbereitschaft und Empathie bei der aufnehmenden Bevölkerung. Aber auch, wo das nicht der Fall ist, wo also der "Fremdheitseindruck" gering ist, (z. B. syrische Flüchtlinge in Jordanien oder im Libanon, oder aktuell venezolanische Flüchtlingen in südamerikanischen Nachbarländern), kommt es oft zu feindseligen Reaktionen der "Einheimischen", gespeist aus Konkurrenz- und Angstgefühlen.....

Gegen "die Fremden" lassen sich (z. B. durch Populisten oder Hassprediger) leicht feindselige Haltungen und Reaktionen mobilisieren. Oft reichen dann kleinste Anlässe für fremdenfeindliche Aktionen oder sogar pogromartige Übergriffe.

Dagegen stößt geregelte Zuwanderung auf deutlich höhere Akzeptanz, insbesondere in Einwanderungsländern (z. B. Kanada).

➔ *Solange Migration ungeregelt erfolgt, sind soziale Spannungen und Konflikte zu erwarten.*

## **Zur aktuellen Situation - insbesondere Migration Afrika ➔ Europa**

1. Ein (vermutlich) sehr großer Teil der Zuwanderer aus afrikanischen Ländern versucht nach Europa zu gelangen, um hier Arbeit und Verdienstmöglichkeiten und somit Perspektiven für ein besseres Leben für sich und die Familie zu finden ("Arbeitsmigranten").<sup>2</sup>

Solange keine reguläre Einwanderungsmöglichkeit besteht, erfolgt die Zuwanderung über das Asylrecht - mit oft vorgeschobenen Asylgründen (politische, religiöse Verfolgung usw.)<sup>3</sup>

2. Die Fluchtursachen liegen vor allem in der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit, mit der sich eine wachsende Zahl junger Menschen in vielen afrikanischen Staaten konfrontiert sieht.

Dazu tragen bei:

- eine rasante Bevölkerungszunahme: Jahr für Jahr suchen Millionen junge Menschen Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten und bleiben letztlich arbeitslos oder in prekärer Beschäftigung,<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Selbstverständlich gibt es auch viele Flüchtlinge aus Afrika, die im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) asyl- und schutzberechtigt sind. In einigen Staaten (z. B. Eritrea) sind jahrelange (nahezu unbegrenzte) Militärdienste oder massive staatliche Repression der Grund, das Land zu verlassen.

<sup>3</sup> Asylberechtigt sind nach Artikel 12a GG "politisch Verfolgte", also Menschen, die persönlich (individuell) durch staatliche Instanzen in ihren Herkunftsländern verfolgt werden.

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)(1951, 1967), die von allen EU-Staaten unterzeichnet worden ist, erhalten Menschen als "Flüchtlinge" Asyl, die aus politischen, religiösen, ethnischen oder sozialen Gründen durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure persönlich (!) verfolgt und bedroht werden. "Kriegsflüchtlinge", "Armut-" und "Umweltflüchtlinge", also Menschen, die z. B. vor Bürgerkriegen, aus wirtschaftlichen Notlagen oder nach Naturkatastrophen in andere Länder fliehen, fallen nicht (!) automatisch unter die Regelungen der GFK. Sie können aber eingeschränkten, "subsidiären Schutz" erhalten, wenn ihnen in ihrer Heimat schwerer Schaden droht.

<sup>4</sup> Die Bevölkerung Afrikas wird sich trotz langsam sinkender Geburtenrate bis 2050 verdoppeln. Zusätzlich zu Zig-Millionen Jobs, die derzeit schon fehlen, werden Jahr für Jahr weitere 20 Mio. junge Menschen einen Job benötigen. In den meisten der Staaten Afrikas herrscht eine "ökonomische

- unfaire Handels- bzw. Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sog. hochentwickelten Staaten und den Ländern des Südens (z. B. Afrikas), die insbesondere die wirtschaftliche Lage in den vielen Kleinbetrieben in Landwirtschaft, Fischerei und Handwerk erschweren oder deren Existenz zerstören: z. B. durch subventionierte EU-Exporte von Lebensmitteln und Textilien, durch Fangrechte für große Fischtrawler oder durch sog. Landgrabbing-Projekte zulasten der Kleinbauern, deren Land an Agrarkonzerne verkauft oder verpachtet wird,
- eine mehr oder weniger korrupte Elite, die von der Ressourcenausbeutung (Tropenholz, Bergbau- und Agrarprodukte) durch internationale Konzerne profitiert; Gewinne werden ins Ausland transferiert und nur zu kleinen Anteilen im Lande investiert, <sup>5</sup>
- ausgebaute Repressionssysteme (Polizei, Militär und Geheimdienste), durch die Proteste und Streiks oft blutig unterdrückt werden,
- politische Unruhen, Bürgerkriege zwischen Ethnien, initiiert und ausgenutzt von Interessengruppen, die um lukrative Einnahmequellen rivalisieren; häufig werden ganze Ethnien oder Dorfgemeinschaften in die Flucht getrieben bzw. vertrieben oder sogar massakriert.

3. Richtung Europa fliehen in der Regel nicht die Ärmsten der Armen (z. B. Unterernährte/Hungernde, alleinerziehende Frauen mit mehreren Kleinkindern; AIDS-Kranke oder Kriegsverletzte, Alte).

Die oft von der Großfamilie aufgebrachtten Kosten für die Flucht und Überfahrt nach Europa (mehrere tausend EURO pro Person) kann nur ein Teil der Auswanderungswilligen oder Flüchtlinge aufbringen. <sup>6</sup>

---

*Überbevölkerung*" (so der Wirtschaftsjournalist Stephan Kaufmann): die Zahl der arbeitssuchenden Menschen wächst deutlich schneller als die Zahl vorhandener oder neuer Arbeitsplätze. Entsprechende Investitionen fehlen oder sind viel zu gering.

<sup>5</sup> Die immense Verschuldung afrikanischer Staaten führt dazu, dass Staatseinnahmen und Importerlöse vom "Schuldendienst" weitgehend aufgeessen werden. Es fehlt an Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur usw. - Ein Drittel des in Afrika erwirtschafteten Kapitals (nach Schätzungen rund 500 Mrd. Dollar) wird außerhalb Afrikas investiert oder in Steueroasen gebunkert.

Durch Buchungs- und Steuertricks entziehen multinationale Konzerne allein in Afrika jährlich rund 100 Mrd. US-Dollar der dortigen wirtschaftlichen Entwicklung; die gesamte "Entwicklungshilfe" für Afrika beläuft sich auf weniger als 50 Mrd. US-Dollar.

Dazu kommt: Die Zahl der Reichen und Superreichen in Afrika wird zwar immer größer, diese zahlen aber in vielen Ländern so gut wie keine Steuern. *"In Kenia haben nur 100 von 40.000 Reichen überhaupt eine Steuernummer."* Und in Südafrika entgehen dem Staat jährlich > 10 Mrd. Dollar an Steuereinnahmen, weil sich die 114.000 Reichen vor Steuerabgaben drücken können. (Johannes Dietrich, *"Leichtes Spiel für Finanzjongleure"*, FR 14.4.2016)

<sup>6</sup> Nach einer aktuellen Studie des Washingtoner Center for Global Development (CGD) führen wachsender Wohlstand, bessere Bildung und geringere Kindersterblichkeit in den armen Ländern des Südens keineswegs automatisch zu einem Rückgang der Migrationsbewegungen. Im Gegenteil: Steigende Entwicklungshilfeausgaben und ein höherer Lebensstandard gehen zunächst mit steigenden Auswanderungszahlen einher: *Erst steigende Einkommen versetzen viele Familien überhaupt in die Lage, ein Mitglied auf die weite Reise in den vermeintlich goldenen Norden zu schicken. 'Die Familien begreifen Migration als Investition in die Zukunft, als Absicherung gegen Krisen in ihren Heimatländern'.* Auch die erfreuliche Tatsache sinkender Kindersterblichkeit hat einen negativen Nebeneffekt: Die Zahl der Menschen, die das Erwerbsalter erreichen, steigt derzeit meist deutlich stärker an als der Arbeitskräftebedarf der inländischen Wirtschaft. *Wer keine Arbeit findet, geht. Erst oberhalb eines Pro-Kopf-Einkommens von rund 10.000 US-Dollar im Jahr führt weiterer Wohlstand dazu, dass mehr Menschen in ihrer Heimat bleiben.* (Stefan Sauer, *"Die paradoxe Wirkung der Hilfen"*, FR 15.08.2018)

Aus den eigentlichen Kriegs- bzw. Bürgerkriegsgebieten (z. B. Südsudan, NE-Nigeria, Somalia, Nord-Mali, Ost-Kongo) oder aus den Dürregebieten, in denen schwere Hungersnot herrscht, flieht die Mehrzahl der Menschen in andere Landesteile (sog. "Binnenflüchtlinge") oder in Nachbarländer; zu weit, zu teuer, zu strapaziös und zu riskant (lebensgefährlich) ist der Weg nach Europa für diese Menschen.

4. Die aktuelle Realität der Zuwanderung ist extrem inhuman, da sie zigtausende von (meist jungen) Menschen kriminellen Schlepperbanden ausliefert und mit lebensgefährlichen Transitwegen (Sahara, Mittelmeer) verbunden ist. Ausraubung, Lagerhaft, Folter, Vergewaltigungen, Versklavung und Zwangsarbeit in den Transitländern (insbesondere in Libyen) sind ein hohes Begleitrisiko der Migration.

Den Weg nach Europa schaffen nur besonders mutige, risikobereite, kräftige junge Menschen - mit dem nötigen Bargeld und viel Glück (!).

Zynisch gesprochen: Migration bedeutet derzeit "survival of the fittest" - ein angesichts des viel zitierten europäischen Wertesystems (Humanität, Menschenrechte, Freiheit, Gerechtigkeit usw.) beschämender, untragbarer Zustand!

5. Das Recht auf ein Leben ohne Armut, Hunger, Repression und ohne existentielle Bedrohung gilt für alle Menschen.

Afrika hat zudem aufgrund der jahrzehntelangen Kolonial- und Ausbeutungsgeschichte, die nicht unwesentlich zum Wohlstand in Europa beigetragen hat, ein moralisches Anrecht auf "Wiedergutmachung".<sup>7</sup>

Auch sind die Staaten des Westens zumindest teilweise mitverantwortlich für die afrikanischen Entwicklungshemmnisse (z. B. durch unfaire Handels- und Wirtschaftsbeziehungen).

6. Eine wirtschaftliche Entwicklung, die den Menschen vor Ort zugute kommt, erfordert einen Gesamtplan, der u.a. faire Handelsbeziehungen, Korruptionsbekämpfung, Investitionen in Bildung und Ausbildung, Arbeitsplätze, Gesundheitsfürsorge und Familienplanung/ Geburtenkontrolle sowie Umweltschutz verbindet.

Reguläre Arbeitsmigration kann dazu einen Beitrag leisten.

Migranten gehören schon heute zu den wichtigsten "Entwicklungshelfern" in Afrika: Das Geld aus Rücküberweisungen an Familienangehörige wird von diesen vor allem genutzt, um Schulbesuche und medizinische Versorgung zu finanzieren, oder es wird in Job-Initiativen (Startup-Jobs), Hausbau und Konsum investiert. Dabei handelt es sich um erhebliche Beträge.<sup>8</sup>

7. Ein unkontrollierter bzw. unregelmäßiger Zustrom von Flüchtlingen oder Migranten wird in den europäischen Staaten zu heftigen Abwehrreaktionen führen und

---

<sup>7</sup> ----allerdings nicht in Form finanzieller Zuwendungen, die letztlich von mehr oder weniger korrupten Eliten abgeschöpft werden. - Die Ausplünderung des Kontinents durch die Europäer hat schon mit dem berühmtesten Atlantischen Sklavenhandel im 16. Jhd. begonnen: Rund 12 Mio. Menschen wurden aus Afrika nach Süd- und Nordamerika deportiert und mit exorbitantem Gewinn verkauft.

<sup>8</sup> Die Summe der Rücküberweisungen in die Subsahara-Staaten betrug 2017 über 39 Mrd. US-Dollar, reicht also in der Summe fast an die offizielle sog Entwicklungshilfe für Afrika heran (knapp 50 Mrd. Dollar). Nach Nigeria überwiesen Migranten 22,3 Mrd. Dollar (= 5,6% des BIP), nach Senegal 2,3 Mrd. Dollar (=15,2 % des BIP). (Hendrik Geisler, "Migration aus Afrika", FR 24/25.3.2018)

nationalistische und rassistische Strömungen weiter verstärken. Ethische oder rationale bzw. statistische Argumente werden das nicht verhindern.<sup>9</sup>

Andererseits wird der Migrationsbewegung (z. B. aus Afrika) voraussichtlich anhalten oder sogar zunehmen.<sup>10</sup> Mauern, Zäune, Rückführungen und Militäraktionen sind keine Lösung, solange die "Fluchtursachen" (s.o.) weiter bestehen und keine alternativen Perspektiven eröffnet werden.

8. Für alle Seiten hilfreich und nutzbringend wäre die Möglichkeit regulärer Einwanderung, die auch die Option einer befristeten Arbeitsmigration über Arbeitsvisa einschließen sollte.

Asylverfahren für persönlich Verfolgte (nach der Genfer Flüchtlingskonvention) und Regelungen zur Einwanderung bzw. für eine zeitlich befristete (temporäre) Arbeitsmigration sind klar zu trennen.<sup>11</sup>

Für afrikanische Herkunftsstaaten mit hohem Migrationsdruck sind Kontingente für (befristete) Arbeits- oder Studienaufenthalte in EU-Staaten zu vereinbaren. Das scheint mir einer der zentralen Eckpunkte der Überlegungen des Migrationsexperten Gerald Knaus zu sein.....

## Die Eckpunkte von Gerald Knaus im Überblick (mit eigenen Ergänzungen)

### 1. Schnelle Asylverfahren in EU-Ankunftscentren

- Einrichtung von EU-Aufnahmezentren in Ankunftsändern (z. B. Griechenland, Italien, Spanien), finanziert und organisiert über die EU
- Bereitstellung staatlich bezahlter Anwälte und schnell verfügbarer Berufungsgerichte
- Entscheidung über Asylschutz innerhalb von wenigen Wochen
- schnelle Rückführung abgelehnter Bewerber/innen in ihre Herkunftsländer im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen (s. u.)
- Verteilung der anerkannten Flüchtlinge über ein Anreizsystem (s.u.), nicht über politischen Druck auf die EU-Staaten und -Regionen

<sup>9</sup> In Europa (EU, + CH, N) leben derzeit ca. 4,2 Mio. Migrantinnen aus Subsahara-Staaten, sie machen 0,8% der Bevölkerung von rund 500 Mio, Einwohnern aus. Jährlich wandern derzeit (2016, 2017) etwa 150 - 200.000 dazu. (Pew Research Center-Studie).

<sup>10</sup> Befragungen in Subsahara-Staaten (Ghana, Nigeria, Senegal, Kenia, Tansania, Südafrika) im Rahmen einer Studie des Pew Research Centers haben ergeben: 43 - 54 % der Befragten (nur junge Menschen?) würden auswandern, wenn sich für sie eine Gelegenheit ergeben würde (- in Nigeria und Ghana sagen das sogar ca. 75%!). Konkrete Auswanderungspläne in den kommenden Jahren haben demnach gut 20% der Befragten, in Senegal und Ghana über 40 %). Hauptziele wären die USA und GB (bzw. bei Senegalesen Frankreich).

Das Thema Auswanderung beschäftigt also viele Menschen in Afrika. Die Studie resümiert: Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Zahl der Auswanderungswilligen aus Subsahara-Staaten in den nächsten Jahren sinkt.

<sup>11</sup> "Temporäre Arbeitsvisa für Einwanderer" schlagen auch Niklas Potrafke und Panu Poutvaara (Ifo-Institut für öffentliche Finanzen und Migrationsforschung) vor. Ihr Vorschlag: Die EU-Länder sollen die Visa an interessierte Arbeitswillige aus sicheren Herkunftsländern verkaufen; eine Kautions soll die Rückreisebereitschaft fördern. (FR.8./9.10.2016) - "Kontingente für Flüchtlinge", die nicht unter die Regelungen der GFK fallen (z. B. Kriegsflüchtlinge) hat u.a. bereits die Syrienexpertin Kerstin Helberg vor Jahren in der *taz* vorgeschlagen: "*Kontingente statt Asyl*", 12.11.2015.

## 2. Bereitstellung von Kontingenten (Arbeitsvisa, Stipendien) für reguläre Migration aus (kooperationsbereiten) Herkunftsländern

- Jährliche Kontingente von (zeitlich befristeten) Arbeitsvisa für Menschen ausgewählter afrikanischer und asiatischer Staaten auf der Basis von Vereinbarungen, die auch die Rückführung abgelehnter Asylbewerber einschließen.
- Ziele: Die Möglichkeit regulärer Zuwanderung von Arbeitssuchenden per Schiff oder Flugzeug ersetzt sukzessive die lebensgefährliche und teure "illegale Migration" mit Hilfe von Schlepperbanden. Die mehrjährige reguläre Beschäftigung ermöglicht zusätzliche Qualifikationen und einen Geldtransfers in die Heimat. Durch die Kontingentbildung bei gleichzeitiger Befristung erhalten relativ vielen Menschen entsprechende Chancen.
- Zum Verfahren: Interessenten können sich in ihren Heimatländern bewerben.<sup>12</sup> Kriterien könnten Sprachkenntnisse in international verbreiteten Sprachen (z. B. Engl., Franz., Span., Deutsch) und berufliche Qualifikationen, aber auch bestimmte soziale Notlagen sein. Auch ein jährliches Losverfahren wäre ggf. eine Option. Die Arbeitsvisa könnten für mehrere Jahre ausgestellt werden – mit einer Verlängerungsoption, wenn Arbeitsverträge, fester Wohnsitz und Straffreiheit (ausgenommen Bagatelldelikte) vorliegen. Ein Teil des Arbeitseinkommens wird in einen "Rückkehrfonds" eingezahlt (ggf. mit staatlicher Förderung) und erst nach erfolgter Rückkehr in das Heimatland ausgezahlt: als Startkapital für die weitere berufliche Existenzsicherung.
- Zudem sollte unter bestimmten Voraussetzungen (Sprachkenntnisse, Arbeitsverträge, Heirat und Kinder usw.) die Option einer dauerhaften Einwanderung in das EU-Land bestehen – im Rahmen der (geplanten) Einwanderungsgesetzgebung.

## 3. Verteilung der anerkannten Asylbewerber sowie der Arbeitsmigranten in den EU-Staaten über ein Anreizsystem

- G. Knaus schlägt einen "*Kommunalen Integrations- und Entwicklungsfonds*" im EU-Haushalt vor: Gemeint sind zusätzliche Finanzmittel für Städte und Regionen, die freiwillig Migranten aufnehmen.
- Aus dem Fonds können Mittel für Integration (Sprachkurse, Qualifizierungsmaßnahmen u.a.), aber auch für die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen (Wohnungen, Schulen, Freizeiteinrichtungen usw.) und betriebliche Ansiedlungen bereitgestellt werden.
- Ziele: Es werden finanzielle Anreize für Städte und Regionen geschaffen, Migranten aufzunehmen. Auch die ansässige Bevölkerung hat einen Nutzen: Der Arbeitskräftemangel in wichtigen Bereichen (z. B. Pflege, Handwerk) kann ausgeglichen werden; es gibt zusätzliche Fördermittel für die Region.
- Erforderlich sind Umschichtungen im EU-Haushalt, ggf. zulasten der übrigen Regionalförderung.

---

<sup>12</sup> Vorbild könnte das kanadische online-Bewerber- und Punktesystem sein. Zusätzlich könnte über ein Losverfahren ein Kontingent für soziale Härtefälle vergeben werden.